

Sachdokumentation:

Signatur: DS 3565

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/3565



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

FAUSTDICKER JUSO-SCHWINDEL

Keine neuen Steuern für alle!
Keine weitere staatliche Umverteilung!
Keine Zusatzbelastung für unsere KMU!

NEIN
ZUR STEUER-
INITIATIVE

steuerinitiative-nein.ch

FAUSTDICKER JUSO-SCHWINDEL

150 % versteuern heisst:
Einkommen versteuern,
das nicht existiert,
also rein fiktiv ist.

UNSICHTBARE GEFAHR

Schwelle
(Annahme 100'000 Franken)

Alle Kapitaleinkommen werden neu
ab dem 1. Franken zu 100 % besteuert.

Die neuen Steuern
treffen **UNS ALLE!**

UM WAS GEHT'S?

Die Volksinitiative «Löhne entlasten, Kapital gerecht besteuern» der Jungsozialisten (Juso) will zusätzliche Steuern einführen.

Einerseits sollen heute steuerfreie Kapitaleinkommen neu als Einkommen versteuert werden. Das trifft insbesondere Hausbesitzer und Landwirte.

Andererseits wird eine Zusatzsteuer über einem Schwellenbetrag eingeführt. Unter der Schwelle sind Kapitaleinkommen zu

100 % steuerbar, über der Schwelle sogar zu 150 %. Die Juso will damit rein fiktive Einkommen besteuern. Für einige KMU explodiert so die Steuerbelastung der Dividenden von 70 % auf 150 %.

Die Steuererträge sollen in die soziale Wohlfahrt fliessen oder die Steuerbelastung des Mittelstands mindern. In Tat und Wahrheit wird aber der Mittelstand zur Kasse gebeten. Ziel der Juso ist eine weitere staatliche Umverteilung, obschon die Schweiz im internationalen Vergleich sehr gut dasteht. Bereits heute bezahlen die Reichsten 10 % über 50 % aller Einkommenssteuern.

STEUERANGRIFF AUF DEN MITTELSTAND STOPPEN

26. September 2021



SR MARCO CHIESA

Präsident SVP



NR PETRA GÖSSI

Präsidentin FDP



**SR BRIGITTE
HÄBERLI-KOLLER**

Die Mitte



NR JÜRIG GROSSEN

Präsident Grünliberale



HANS EGLOFF

Präsident
Hauseigentümerverband
Schweiz



MONIKA RÜHL

Direktorin economiesuisse

EIN NEIN EMPFEHLEN

- Bundesrat
- National- und Ständerat
- Finanzdirektorinnen und -direktoren der Kantone
- Die Mitte
- FDP
- SVP
- Grünliberale Fraktion
- economiesuisse
- Gewerbeverband
- Hauseigentümerverband Schweiz
- Swiss Family Business

KEINE NEUEN STEUERN



VERA STIFFLER
Eigenheimbesitzerin, Chur

◀◀ **DIE STEUERINITIATIVE DER JUNG-SOZIALISTEN IST EIN RAUBZUG AUF UNSER PORTEMONNAIE. HAUSEIGENTÜMERINNEN WERDEN DOPPELT BESTRAFT UND MÜSSEN SOGAR FIKTIVE EINKOMMEN VERSTEUERN.** ▶▶



Die Jungsozialisten (Juso) blasen einmal mehr zum Steuerangriff. Sie fordern neue Steuern auf Erträgen und Wertsteigerungen von Vermögen.

Bisher steuerfreie Einkommen müssten neu versteuert werden. Das ist eine böse Überraschung für sehr viele Steuerzahler. Jeder Kleinanleger berappt diese neue Steuer.

Doch damit nicht genug: Über einem noch unbestimmten Schwellenbetrag sind

Kapitaleinkommen nicht nur zu 100 Prozent, sondern sogar zu 150 Prozent steuerbar! Das bedeutet, dass künftig Steuern sogar auf fiktiven Einkommen erhoben werden. Das trifft ganz besonders KMU, Firmengründer (Start-ups) und Hauseigentümer.

Aber nicht nur bei der Höhe des Schwellenbetrags ist die Volksinitiative unberechenbar, auch die Verwendung der Steuereinnahmen ist noch völlig offen. Klar ist nur, dass die Juso die staatliche Umverteilung massiv ausbauen will.

KEINE ZUSATZBELASTUNG FÜR KMU



YANNICK BERNER

Director Digital,
Next Generation, Urma AG,
Rapperswil

« EINE SCHNAPSIDEE, DIE GERADE FAMILIENUNTERNEHMEN BESONDERS TRIFFT. DURCH DIE INITIATIVE MÜSSTE ICH MICH MEHR VERSCHULDEN, UM UNSER KMU IN DER NÄCHSTEN GENERATION WEITERFÜHREN ZU KÖNNEN. »»



Besonders betroffen sind Schweizer Familienunternehmen und KMU, die bereits durch die Corona-Pandemie arg gebeutelt wurden. Es ist absurd, heute diesen Unternehmen mit Milliarden durch die Krise zu helfen, um sie dann gleich wieder mit einer neuen Steuer zur Kasse zu bitten. Die Steuerlast wird sich für viele Gewerbler massiv erhöhen! Erheblich erschwert wird auch die Übergabe von Familienunternehmen an die nächste Generation.

Weil das Vermögen im Betrieb investiert und gebunden ist, muss sich die neue Generation stärker verschulden, um die neuen Steuern zu bezahlen. Dieses Geld fehlt für Innovationen und die Schaffung von Arbeitsplätzen.

Für erfolgreiche KMU explodiert so die Steuerbelastung der Dividenden von 70% auf 150%. Wohlgemerkt: Dies zusätzlich zur bestehenden Gewinnsteuer.

KEIN RAUBZUG AUF DEN MITTELSTAND

Überparteiliches Komitee
«Nein zur Steuerinitiative der Juso»
Hegibachstrasse 47, 8032 Zürich
www.steuerinitiative-nein.ch



**FRANZISKA
STEINER-KAUFMANN**
Bäuerin & Kantonsrätin St. Gallen

◀◀ **UNSERE ALTERSVORSORGE STECKT MITUNTER IM HOF. DIE NEUE STEUER FÜHRT INSOFFERN ZU EINER GERINGEREN RENTE VON BÄUERINNEN UND BAUERN, WENN EIN HOF AUSSERHALB DER EIGENEN FAMILIE VERKAUFT WERDEN MUSS.** ▶▶



Klassenkämpferische Rhetorik ist immer einfach und emotional: Die Reichen sollen zahlen, alle anderen profitieren. Aber Achtung vor der Falle der Juso!

Wer etwas Geld angelegt hat, eine Wohnung oder ein Haus sein Eigen nennt, einen Landwirtschaftsbetrieb besitzt, ein Unternehmen führt oder mit einem Start-up für Innovation und Arbeitsplätze sorgt, ist mitten im Steuersog der trügerischen Initiative.

Die Initianten wollen Kapitalgewinne ab dem ersten Franken besteuern! Die Debatte um den Schwellenbetrag ist genauso wie der Titel «99%-Initiative» ein perfides Ablenkungsmanöver. Damit suggeriert die Juso, dass nur die Reichen betroffen wären. Das ist falsch: Der Schweizer Mittelstand bezahlt die Rechnung.